

„Staatsminister Pierre Werner sprach in Lausanne vor dem ‚Office Vaudois pour le développement du commerce et de l'industrie‘ über den Werner-Plan" in Luxemburger Wort (24. Februar 1971)

Legende: Am 24. Februar 1971 analysiert die Tageszeitung Luxemburger Wort eine Rede von Pierre Werner, luxemburgischer Staatsminister, Regierungspräsident und Finanzminister, über die Notwendigkeit und die Erfolgsaussichten einer europäischen Währungsunion.

Quelle: Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.
Luxemburger Wort. 24.02.1971. Luxemburg.

Urheberrecht: (c) Luxemburger Wort

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/staatsminister_pierre_werner_sprach_in_lausanne_vor_dem_office_vaudois_pour_le_developpement_du_commerce_et_de_l_industrie_uber_den_werner_plan"_in_luxemburger_wort_24_februar_1971-de-4d941944-e20a-4685-a487-14ad65f62840.html](http://www.cvce.eu/obj/staatsminister_pierre_werner_sprach_in_lausanne_vor_dem_office_vaudois_pour_le_developpement_du_commerce_et_de_l_industrie_uber_den_werner_plan)

Publication date: 05/11/2012

Staatsminister Pierre Werner sprach in Lausanne vor dem „Office Vaudois pour le développement du commerce et de l'industrie“ über den Werner-Plan

— Kabelbericht von Urs P. Gasche (Genf) —

In Lausanne erntete am Montag abend Staats- und Finanzminister Pierre Werner mit seinem Vortrag „L'Union monétaire de la Communauté Economique Européenne / sa nécessité, ses chances“, wie nachstehender Bericht unseres Mitarbeiters zeigt, einen besonderen Erfolg, der umso höher zu werten ist, als die traditionsbewußten Schweizer Unternehmen dieser Art eher skeptisch zu begegnen pflegen. Unter den Zuhörern waren Mitglieder der Schweizer Bundesregierung, u. a. Bundesrat Nello Celio, sowie der luxemburgische Botschafter Marcel Fischbach und 12 weitere in Bern akkreditierte Botschafter. Am Donnerstag wird Hr. Werner zu dem selben Fragenkomplex vor dem Institut für Europakunde in Mailand und am Freitag vor der Gesellschaft für Auslandskunde in München sprechen.

Die Schaffung einer europäischen Währungsunion beruht auf gemeinsamen materiellen Interessen der EWG-Länder, nicht auf einer „Mode- oder Zufallsercheinung“, erklärte der Schöpfer des „Werner-Planes“, Ministerpräsident Pierre Werner im Lausanner Palais de Beau-lieu.

Vor dem schweizer Finanzminister Bundesrat Nello Celio, Altbundesrat Paul Chaudet, Nationalbankpräsident Erwin Stopper, Vertretern der Diplomatie, der schweizer Industrie, der Banken, des Handels und der Universität sprach der Ministerpräsident auf Einladung des europäischen Forschungszentrums in Lausanne (und unter dem Patronat des „office Vaudois pour le Développement du commerce et de l'industrie“) zum Thema „die europäische Währungsunion“. Professor Jean Rieben zögerte in seiner Begrüßung nicht, den „großen luxemburgischen Europäer“ mit Robert Schuman zu vergleichen: „Nicht nur die Geschichte Ihrer Jugend ruft mit einem Zeitunterschied eines Vierteljahrhunderts diejenige Robert Schumans in Erinnerung. Wie er sind Sie ein Mann der Grenzen, der dazu berufen ist, auf eben diese europäischen Grenzen tiefgreifend einzuwirken. Ihr Stil, Ihr Rhythmus, Ihre Durchsetzungskraft erinnern uns an die Qualitäten Robert Schumans. Die EWG-Krise von 1968 verdankt ihre Lösung zum großen Teil Ihrem persönlichen Einsatz. Von Ihrem Plan einer Währungsunion hat Jean Monnet in Paris gesagt: Er bedeutet einen großen Schritt vorwärts.“

Der Ministerpräsident erläuterte in sei-

nem beachteten Vortrag vor den 1500 schweizer Persönlichkeiten am Genfer See, warum der Plan einer Währungsunion nicht auf einem idealistischen Wunsch, sondern auf gemeinsamen europäischen Interessen beruhe. Die gemeinsamen Interessen seien in jüngster Vergangenheit besonders deutlich geworden. Die Abwertung des französischen Franc und die Aufwertung der deutschen Mark hätten das mühsam erreichte System der Agrarpreise ins Wanken gebracht. Bei den Auseinandersetzungen über das Weltwährungssystem sei eine gemeinsame Haltung zur Rolle des Goldes und zu den Auswirkungen des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits im Interesse aller sechs Staaten. Mit dem Eurodollarmarkt ist in Europa überdies ein internationaler Kapitalmarkt entstanden, über den die „nationalen Währungsbehörden fast keine Kontrolle haben.“ Die Europäer „konnten nur noch mit Verwunderung feststellen, daß die Zinssätze sich kaum mehr nach ihrer nationalen Kreditpolitik richten, sondern nach dem Eurodollarmarkt.“

Die auf diesen Tatsachen beruhende materielle Interessengemeinschaft in Währungsfragen habe sich äußerlich erstmals 1967 in der gemeinsamen Haltung der EWG zur Reform der Statuten des internationalen Währungsfonds (iwf) manifestiert, erklärte Ministerpräsident Werner seinen illustren schweizer Gastgebern. Es handelte sich 1967 vor allem darum, der Gemeinschaft für alle grundsätzlichen Entscheide im bisher von den USA kontrollierten Währungsfonds eine Sperrminorität von 15% der Stimmen zu

sichern. Im Februar 1969 schlug der erste „Barre-Plan“ eine Harmonisierung der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftspolitik und ein System des kurzfristigen Finanzausgleichs vor.

Eine „neue Dimension“ und einen „entscheidenden Anstoß“ hätte erst das Haager Gipfeltreffen Ende 1969 gebracht, betonte der Ministerpräsident. Seit der Erstellung des „Werner Rapportes“ prallten zwei Auffassungen aufeinander:

Die eine sieht die einheitliche Währung als Motor zur Verwirklichung einer vollständigen Wirtschaftsunion, für die andere kann die Schaffung einer gemeinsamen Währung nur der krönende Abschluß einer vereinheitlichten Wirtschaftspolitik sein. Zuerst Währungsunion oder zuerst Wirtschaftsunion: das ist die Streitfrage. Am 9. Februar 1971 nahm der EWG-Ministerrat eine Kompromißformel zur Verwirklichung der ersten Stufe des Werner-Planes mit dem Endziel einer Währungsunion an. Obwohl der Ministerrat einige für diese Stufe vorgesehene institutionelle Harmonisierungsmaßnahmen aufschob, zeigte sich der Redner und Schöpfer des Plans vom Ministerratsbeschluß befriedigt:

„Die Sechs Regierungen haben die Definition und Beschreibung des Endzustandes der Wirtschafts- und Währungsunion genau so übernommen wie ich sie entworfen habe.“ Das politisch manifestierte gemeinsame Ziel sei die Hauptsache. Ministerpräsident Werner gab am Schluß seiner mit viel Applaus bedachten Rede seiner optimistischen Überzeugung Ausdruck, daß sich nach einigen Hochs und Tiefs die Regierungen der EWG-Staaten auch auf die zweite und dritte Stufe seines Planes einigen werden. Mit einem zu Ehren des luxemburgischen Gastes organisierten, abschließenden Empfang bekundeten die traditionell EWG-skeptischen Schweizer ihr neu erwachtes Interesse an der künftigen Gestaltung Europas. Es ist nicht zufällig, daß der Finanzplatz Schweiz gerade dem Initianten des Werner-Plans die erste große Aufmerksamkeit erwiesen hat.